Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10.3.33.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Bayerns 20.Juli.

SPD. In den Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wird die Bewegung, die sich jetzt in Deutschland vollzieht, als "nationale Revolution" bezeichnet. Die Art, wie der Machtübergang in Sachsen und in den süddeutschen Ländern sich vollzogen hat, rechtfertigt diese Bezeichnung durchaus. In Sachsen ist eine kommissarische Regierung unter der Führung des Reichskommissars von Killinger gebildet worden. Die Bewegung hat sich nicht auf die Uebernahme der Zentralverwaltung beschränkt, sie erstreckt sich auch auf die Mittelinstanzen und die Gemeindeverwaltungen. Häuser und Einrichtungen der Arbeiterschaft sind besetzt. Die sozialdemokratische Presse ist am Erscheinen verhindert.

In Bayern hat sich der Umschwung in dramatischer Form vollzogen. Es werden dadurch Erinnerungen an das Jahr 1923 geweckt, so bei der Verhaftung von Minister Stützel und Staatsrat Schäffer. Die Reichsregierung hat, gestützt auf die Notverordnung vom 28.Februar, dem General Ritter von Epp das Reichskommissariat über die Polizei übertragen. Praktisch ist aus diesem Polizeikommissariat ein echtes Reichskommissariat geworden, sodass die Dinge in Bayern sich nicht wesentlich von dem Zustand unterscheiden, der nach dem 20.Juli 1932 in Preussen eingetreten ist. Allerdings mit dem Unterschied, dass sich der Umschwung in Preussen in viel ruhigeren und zivileren Formen vollzogen hat, als es jetzt in Bayern der Fall ist.

Eine ähnliche "Gleichschaltung" der Länder zum Reich ist in Hessen, Baden und Württemberg erfolgt. Damit ist praktisch eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Länder und Reich eingeleitet worden. Dies Verhältnis wird nicht durch irgend einen Spruch des Staatsgerichtshofs bestimmt, sondern durch die praktische Politik der Reichsregierung. Durch diese Vorgänge sind alle Erörterungen, Pläne und Entwürfe, die an den Namen "Reichsreform" anknüpfen, hinfällig geworden.

Wenn das Verhältnis von Ländern und Reich in der Zukunft in neuen verfassungsmässigen Formen geordnet wird, so wird der Ausgangspunkt dafür wahrscheinlich nicht ein überholter Entwurf sein, sondern der tatsächliche Zustand, der jetzt geschaffen worden ist. Das wesentlichste an diesem Zustand ist es, von allem anderen abgesehen, dass das Reich in den Ländern eine ausserordentlich starke Exekutive erhalten hat. Die Kommissare für die Polizeiverwaltung gehören nicht nur der in der Reichsregierung ausschlaggebenden Partei an, sie sind vor allem Reichskommissare und haben den Weisungen des Reichsinnenministers zu folgen.

Damit ist der bisherige Zustand genau ins Gegenteil umgeschlagen. Bisher hatte das Reichsinnenministerium keine Exekutive, die gesamte Exekutive lag in der Hand der Länderregierungen. Jetzt hat das Reichsinnenministerium die

gesamte Exekutive, die Länderregierungen - soweit sie überhaupt noch ein formales Dasein führen - sind jeder Exekutivgewalt bar.

Der Uebergang der Exekutivgewalt an die Reichskommissare in Süddeutschland hat zu weiterer Hemmung der politischen Betätigung der sozialdemokratischen Partei geführt. In Sachsen erscheint die sozialdemokratische Presse nicht mehr, ebenso in Bayern und Württemberg. In Preussen dauert das Verbot der sozialdemokratischen Presse noch an. Die preussischen Kommunalwahlen am 12.März werden vor sich gehen ohne jede Pressevorbereitung durch die Sozialdemokratie.

Bayern hat seinen 20.Juli erlebt - aber in drastischerer Form, als seinerzeit Preussen. Alle Verhältnisse sind im Fluss. Die bisherige bayerische Regierung protestiert - aber ihr Protest wird den vollzogenen Umschwung nicht rückgängig machen.

SPD. München, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der Reichskommissar erliess folgenden Funkspruch:

Funkspruch an die Polizeidirektionen und Staatspolizeiämter. Ersuche sofort sämtliche kommunistische Funktionäre und Reichsbannerführer im Interesse der öffentlichen Sicherheit in Schutzhaft zu nehmen und Waffensuchungen vorzunehmen. Sofortige Anzeige an das Innenministerium. Der Aufziehung der Hakenkreuzfahne an öffentlichen Gebäuden keinen Widerstand entgegensetzen. Alle Polizeidoppelposten sind mit je einem SA oder SS zu stellen. Dieser ist von der Polizei mit Pistole zu bewaffnen. Gegen alle Gesetzwidrigkeiten und Widerstände gegen die Anordnungen des Beauftragten der Reichsregierung mit aller Strenge vorgehen. Erwarte pünktlichen Vollzug. Regierungen und Bezirksämter verständigen.

Oberbürgermeister Dr. Scharnagl (München) ist beurlaubt worden.

Verhaftet wurden Bürgermeister Dr. Zorn-Oppau, erster Bürgermeister Dr.Forthuber-Neustadt, dritter Bürgermeister Müller-Kaiserslautern.

SPD. Chemnitz, 10.März (Eig.Drahtb.)

In Limbach wurden drei Kommunisten namens Grantz, Förster und Tennler auf der Flucht erschossen.

SPD. Im Walde von Klein-Machnow bei Berlin wurden drei unbekannte Männer erschossen aufgefunden.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat den Antrag der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Schuhindustrie auf Allgemeinverbindlicherklärung des Reichstarifvertrags abgelehnt. Es begründet die Ablehnung damit, dass gegen den Antrag aus verschiedenen Teilen des Reiches zahlreiche Einsprüche eingegangen seien; die amtliche Nachprüfung habe ergeben, dass einer uneingeschränkten Allgemeinverbindlicherklärung erhebliche Bedenken gegenüberstünden. Diese Bedenken gründeten sich zum Teil auf die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner Betriebsteile und auf die Höhe der Löhne im Verhältnis zu den örtlichen Löhnen.

SPD. Dresden, 10.März (Eig.Drahtb.)

Wie wir erfahren, sind am Freitag Ministerpräsident Schieck, Finanzminister Dr. Hedrich, Innenminister Richter und Justizminister Mansfeld unter dem Druck der Verhältnisse zurückgetreten. Es sind von den Nationalsozialisten kommissarisch eingesetzt worden: für das Finanzministerium Dr.Kluge, Justizministerium Staatsanwalt Dr. Thierak, Volksbildungsministerium Stadtschulrat Dr.Hartnacke, Ministerium des Innern Kapitänleutnant von Killinger.

SPD. München, 10.März (Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Dr. Held hat an den Reichskanzler Adolf Hitler folgendes Telegramm gerichtet: "Der Reichsinnenminister hat nach bisher unwidersprochenen Nachrichten auf Grund des § 2 der Verordnung vom 28.Februar 1933 die Polizeibefugnisse der obersten Landesbehörden in Bayern an General von Epp übertragen. In Bayern fehlen die Voraussetzungen zur Anwendung dieser Verordnung vollkommen, weil Ruhe und Ordnung und Bekämpfung kommunistischer Ausschreitungen mit den staatlichen Machtmitteln zweifellos gesichert waren. Namens des Gesamtministeriums erhebe ich gegen die Verordnung des Herrn Reichsinnenministers den schärfsten Einspruch."

In Nürnberg erschien eine Abordnung der NSDAP bei Oberbürgermeister Dr. Luppe und teilte ihm mit, dass der bayerische Polizeikommissar den Stadtrat Liebel (BSDAP) zum Kommissar für die Stadtverwaltung ernennen werde. Dem zweiten Bürgermeister, Treu, wurde nahegelegt, seine Pensionierung zu beantragen. Weiter erscheint es wahrscheinlich, dass noch im Laufe des heutigen Tages der Frankenführer der NSDAP, Julius Streicher, zum Oberkommissar der drei Frankenkreise ernannt werden wird. Streicher hat Dr.Luppe ersucht, sich ihm zur Verfügung zu halten.

Das Verlagsgebäude der Fränkischen Tagespost in Nürnberg, das im Besitz der Sozialdemokratischen Partei ist, wurde von SS, SA. und Landespolizei besetzt. - Ebenso wurden in Würzburg in den frühen Morgenstunden die Gebäude des Fränkischen Volksblattes und des Fränkischen Volksfreundes von SA besetzt.

Das Gewerkschaftshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Fürth wurde von SA besetzt.

Im Laufe des Tages wurden in Nürnberg sämtliche Reichsbannerführer festgenommen. Die bereits in der vergangenen Woche eingeleitete Aktion gegen die KPD wurde fortgesetzt. Mehrere Funktionäre der kommunistischen Partei wurden festgenommen.

Die Polizei nahm in Augsburg im Verlaufe des heutigen Vormittags eine Reihe von Haussuchungen bei Funktionären und Führern der KPD und des Reichsbanners vor. Insgesamt wurden 57 Funktionäre und Führer, die in der Hauptsache der KPD angehören, in Schutzhaft genommen. Auf dem Augsburger Stadttheater wurde die Hakenkreuzfahne aufgezogen.

Das sozialdemokratische Volkshaus in Augsburg wurde von einem Polizeiaufgebot besetzt und durchsucht. Die Durchsuchung verlief ergebnislos, worauf die beiden Gebäude wieder freigegeben wurden.

In Bayreuth wurde eine Anzahl sozialdemokratischer Führer aus dem Bett heraus verhaftet. Unter ihnen befinden sich die beiden Redakteure des sozialdemokratischen Organs für Oberfranken "Fränkische Volkstribüne" und Reichstagsabgeordneter Puchta.

In Kaiserslautern wurden der sozialdemokratische Bürgermeister Müller und mehrere Führer des Reichsbanners in Schutzhaft genommen.

SPD. Der Kommissar für das Preussische Innenministerium Reichsminister Göring hat den Preussischen Landeswahlleiter ersucht, die weiteren Arbeiten zur Ermittlung des endgültigen amtlichen Ergebnisses der Neuwahl zum Preussischen Landtag so zu beschleunigen, dass mit dem Reichstag auch der Preussische Landtag am 21.März seine konstituierende Sitzung abhalten kann. Der Landeswahlleiter wird in Ausführung dieses Ersuchens, ebenso wie es bereits der Reichswahlleiter getan hat, eine Abkürzung der Erklärungsfristen der neugewählten Abgeordneten über die Annahme oder Ablehnung ihres Mandats durchführen.

SPD. München, 10.März (Eig.Drahtb.)

Im Laufe der Nacht wurden die Regierungsverhältnisse in Bayern denen im Reich und den übrigen Ländern gleichgestaltet. Am Freitag vormittag um ½11 Uhr erfolgte die offizielle Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die neuen Männer. Reichspolizeikommissar von Epp ist anstelle des Ministerpräsidenten Dr. Held Inhaber der gesamten vollziehenden Gewalt. Zum kommissarischen Innenminister wurde der Gauleiter Wagner bestellt, zum Justizminister der Abgeordnete Frank II und zum Finanzminister der Lindauer Oberbürgermeister und Landtagsabgeordnete Nationalsozialist Siebert. Während der Nacht wurden die Mitglieder der früheren Regierung, Innenminister Dr. Stützel und Staatsrat Schäffer verhaftet, später aber wieder freigelassen.

Die Aktion der SA am Donnerstag abend begann um 19.15 Uhr mit der Erstürmung des Gewerkschaftshauses durch ca. 800 mit Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Karabinern und Handfeuerwafffen ausgerüsteten SA-Leuten. Kurz zuvor war die gesamte Polizei, die den ganzen Nachmittag über die Zugangsstrassen zum Gewerkschaftshaus bewacht und geschützt hatte, zurückgezogen worden. Die Aktion begann mit einem Feuerüberfall auf die Hinterfront des Gewerkschaftshauses, die an einen Friedhof grenzt. Dann wurde von der Vorderseite her das grosse Eingangstor innerhalb 10 Minuten eingerannt, worauf die Eindringlinge sämtliche Gänge überfluteten und eine wilde Schiesserei veranstalteten. Der Hausschutz in Stärke von etwa 300 Mann war inzwischen im grossen Saal versammelt worden, ebenso die Angestellten des Hauses, um Blutvergiessen im Einzelfall zu vermeiden. Diese Massnahme wurde getroffen, nachdem die wiederholt von der Polizeidirektion zugesagte Hundertschaft grüner Polizei nicht eingetroffen war. Mit erhobenen Händen mussten sämtliche Insassen des Hauses, mit Ausnahme des Gewerkschaftsvorsitzenden und des Reichsbannerführers, durch das Spalier der SA-Leute das Haus verlassen. Nach der Durchsuchung forderte der Gewerkschaftsvorsitzende Schiffer die Zurückgabe der Hausgewalt, doch wurde ihm bedeutet, dass erst Befehl aus dem Braunen Hause abgewartet werden müsse. Er solle am Freitag vormittag um 10 Uhr wiederkommen.

Gegen 21 Uhr erfolgte die Besetzung der "Münchener Post", die im Laufe der Nacht völlig ausgeräumt wurde. Da bis jetzt der Zutritt zu dem Gebäude niemand gestattet wurde, ist über den Zustand der Inneneinrichtung und der Druckerei nichts näheres bekannt.

In der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr drangen schwer bewaffnete SA-Kommandos in die Wohnungen von Führern des Reichsbanners und der Partei ein. In der Wohnung von Auer war nur das Dienstmädchen anwesend. Die Wohnung wurde teilweise demoliert, Bücher- und Aktenschränke umgeworfen und im Zimmer alles auf den Kopf gestellt. Auch der Speicher ist gründlich durchsucht worden. Ein als Aktenschrank benutzter Eisenschrank wurde mitgenommen. Das Dienstmädchen wurde weggeführt. Ueber seinen Aufenthalt ist bis zur Stunde nichts bekannt.

SPD. Dresden, 10.März (Eig.Drahtb)

Oberbürgermeister Klimpel-Freital hat seinen Austritt aus der SPD, mit deren Hilfe er zum Stadtoberhaupt von Freital gewählt worden war, erklärt; ebenso der Polizei-Oberinspektor Thiel. Klimpel begründet seinen aufsehenerregenden Schritt damit, dass er auch den letzten Anschein politischer Bindungen habe beseitigen wollen.

SPD. Breslau, 10.März (Eig.Drahtb.)

Freitag früh 8.30 Uhr erschienen fünf Leute in der Wohnung des bekannten Breslauer Theaterintendanten Barnay und zwangen ihn mit vorgehaltenen Revolvern, mitzugehen. Barnay wurde zim Kraftwagen aufs freie Feld ausserhalb der Stadt geschafft. Barnay musste Hose, Weste und Jacke ausziehen und wurde mit Peitschen geschlagen. Als Barnay den Tätern zurief: "Erschiesst mich doch!", entstand ein Handgemenge. Plötzlich erschien eine Polizeistreife und die Täter flüchteten. Der Vorgang wurde auch amtlich im Polizeibericht vollauf bestätigt.

Die Untergauleitung der NSDAP lässt durch die schlesische Funkstunde bekanntgeben, dass sie zwecks Ausschaltung von Schmutz und Schund die künstlerische Leitung der Spielpläne im Lobe-Theater sowie in dem vor einem halben Jahr auf Kosten der Breslauer Volksbühne umgebauten Gerhard Hauptmann-Theater übernommen habe. Der Ueberfall auf Barnay, lässt die Untergauleitung erklären, werde von der NSDAP verurteilt. Die Nationalsozislistische Partei rücke aufs schärfste von den am Ueberfall beteiligten Personen ab.

SPD. Dresden, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der Reichsbeauftragte für Ordnung und Sicherheit in Sachsen, von Killinger, hat angeordnet, dass Polizeihauptmann Hille vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Dresdner Polizeipräsidiums beauftragt wird.

SPD. Hamburg, 10.März (Eig.Drahtb.)

Die Hamburgische Handelskammer trat am Donnerstag - ein aussergewöhnliches Ereignis - zu einer Vollversammlung zusammen, um eine ernste und vernehmliche Warnung vor dem neuen handelspolitischen Kurs auszusprechen.

Der Präsident der Hamburgischen Handelskammer Nottebohm sagte u.a.: Wie der Bauernstand ein wichtiges Lebensglied am deutschen Wirtschaftskörper ist, so ist Handel und Industrie ein genau ebenso notwendiges Glied. Wenn der Bauer für unser tägliches Brot sorgt, so bringt der Kaufmann dafür sehr viele unentbehrliche Dinge, dem Volk eine Unzahl von Kulturgütern, die das Leben verschönern. Lässt man ein Glied des Körpers verkümmern, so bleibt ein Krüppel zurück. So würde auch Deutschland zum Krüppel werden, wenn sein Aussenhandel unterbunden wird. Handel und Schiffahrt sind die unentbehrlichen Werkzeuge für die Industrie. Ohne Weltwirtschaft, für die Hamburg Deutschlands Tor ist, wo bleibt da die Industrie, wo die Millionen von Arbeiter, die ihre Arbeit und ihr Brot gerade im Absatz ausserhalb Deutschlands finden?

Die Zahl der unmittelbar für die Ausfuhr Beschäftigten betrug 1932 rund 3 Millionen, d.h. reichlich 1/5 der 1932 beschäftigten Arbeitnehmer. Eine mehrfache Menge von Berufszugehörigen lebte von ihrem Verdienst mit. Die Zahl der unmittelbar und mittelbar von der Ausfuhr lebenden deutschen Menschen wird auf 10 Millionen geschätzt. Etwa 30 % des Rückganges der beschäftigten Arbeitnehmer ist nur auf den Rückgang der Ausfuhr zurückzuführen.

Vier Jahre - hat die jetzige Regierung gesagt - vier Jahre gebt uns

Zeit zum Wiederaufbau alles bisher Zerstörten! Wir geben sie gern, wollen mit an diesem Wiederaufbau arbeiten, mehr daran arbeiten, als alle anderen!

Aber man soll uns auch mithelfen lassen und nicht ausschliessen, uns, die wir die stärksten Mitarbeiter sein könnten, wenn man uns nicht an Hand und Fuss knebelte, wie es jetzt durch überraschende Zollerhöhungen, durch Kontingentierungs-Wirtschaft, Absperrung von der Weltwirtschaft usw. geschieht.

In der Diskussion führte als Vertreter der Industriegruppe der frühere volksparteiliche Senator Vering aus, dass, wenn Hamburgs Handel, Hafen und Schiffahrt darniederliegen, dann auch Hamburgs Industrie und Handwerk ruhen; wenn Hamburgs Hafen und Schiffahrt blühen, nur dann habe auch die Hamburger Industrie und Handwerk Arbeit und Verdienst. Deshalb können auch die Gewerbetreibenden aus Industrie und Handwerk nicht zusehen, dass Deutschlands Export und Import und damit Hamburgs Handel, Schiffahrt und Hafen weiter geschmälert werden. Es würde das den Ruin des gesamten Hamburgischen Wirtschaftslebens, seiner Unternehmer und seiner Angestellten und Arbeiter bedeuten.

Am Ende der Versammlung, in der eine von dem Nationalsozialisten Kurt Woermann eingebrachte Resolution mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde betonte der Vorsitzende, dass es heute kein endgültiges Allheilmittel gebe, sondern dass die deutsche Krise nur die Auswirkung der internationalen Depression sei.

SPD. Der Preussische Staatsrat wird seine Märztagung in den Tagen vom 21. bis 23.März abhalten. Das der Einladung beigefügte Verzeichnis des vorliegenden Beratungsmaterials enthält nur kleine Vorlagen. U.a. steht eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft auf der Tagesordnung, die sich für die Herabsetzung der für die Pflege geistig und körperlich Minderwertiger aufzuwendenden Kosten einsetzt.

SPD. Dresden, 10.März (Eig.Drahtb.)

Wie wir zu den Vorfällen im Sächsischen Landtag erfahren, musste der deutsch-sozialistische Abgeordnete Fischer ins Krankenhaus geschafft werden.

SPD. Der kommissarische Preussische Innenminister hat, um ein einheitliches Verfahren hinsichtlich der Beurlaubung, Einstellung und Wiedereinstellung von Volksschullehrkräften zu gewährleisten, im Einvernehmen mit dem Preussischen Finanzminister einen Erlass herausgegeben, wonach die Regierungen ermächtigt werden, bis zur Dauer eines Jahres Volksschullehrkräfte ohne Weiterzahlung der Dienstbezüge zu beurlauben. Soll die Lehrkraft über ein Jahr hinaus ohne Gehalt beurlaubt werden, so ist die ministerielle Entscheidung einzuholen. Bei der Beurlaubung einer Lehrkraft unter Weiterzahlung der Dienstbezüge, des vollen Gehalts oder des Gehalts nach Abzug der Vertretungskosten, bis zur Dauer von sechs Monaten hat die Regierung selbständig zu entscheiden. Den Anträgen darf nur dann entsprochen werden, wenn die Beurlaubung im unmittelbaren Interesse der Volksschule und nicht im persönlichen Interesse des Lehrers oder Dritter liegt. Zur Einstellung oder Wiedereinstellung von entlassenen Volksschullehrkräften ist die ministerielle Genehmigung einzuholen

---

SPD. Der Gesamtverband Deutscher Baumwollwebereien gibt über den Geschäftsverlauf im Monat Februar einen Bericht, in dem er u.a. folgendes sagt:

"In der Baumwollweberei hat sich im Februar die Lage verhältnismässig wenig geändert. Das an sich schon ruhige Geschäft wurde unter dem Einfluss der innerpolitischen Unsicherheit noch stiller. Es kann allmählich als eine Er kann allmählich als eine Erfahrungstatsache bezeichnet werden, dass politische Wahlen sich ausserordentlich hemmend auf das Geschäft auswirken und die abwartende Haltung der Abnehmerschaft verstärken. Infolgedessen änderte sich an der Tendenz, nur kurzfristige Aufträge zu erteilen, nichts!"

SPD. Am Freitag mittag hat abermals eine Unterredung zwischen Hitler und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther stattgefunden. Gegenstand der Unterredung sollen grundsätzlich Fragen der Reichspolitik gewesen sein. Die "Deutsche Zeitung" verbreitete eine Meldung, wonach "in unterrichteten Kreisen die Ansicht verbreitet sei, dass der Rücktritt Luthers unmittelbar bevorstehe". Als Nachfolger Luthers wird der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht genannt.

SPD. Die Berliner Wertpapierbörse erhielt am Freitag Anregung durch eine Reihe von Spezialhaussen. So zog der Kurs der Aktien der Berlin-Karlsruher Industriewerke (früher Deutsche Waffen) von 86 1/8 auf 93,5 an. Bei Berliner Maschinen (Schwartzkopff) erfolgte eine Steigerung von 37 3/8 auf 44, bei Orenstein & Koppel von 45 3/4 auf 48,5, bei I.G. Farben von 119 5/8 auf 123. Der Kurs der Bayrischen Motorenwerke erhöhte sich von 105 auf 111. Vereinigte Stahlwerke konnten beinahe ein volles Prozent gewinnen. Gelsenkirchener Bergwerke, die in der fortlaufenden Notierung 64,25 sehr fest schlossen, erhöhten sich im Einheitskurs von 63,13 auf 63,50. Reichsbankanteile fielen dagegen ab und zwar von 141 am Donnerstag auf 134,5. Der tiefste Stand wurde mit der Notierung von 132 erreicht. Der Rentenmarkt lag freundlicher. Schuldbuchforderungen steigerten sich von 78 auf 79. Pfandbriefe gewannen rund 1/4 %.

SPD. München, 10. März (Eig. Drahtb.):

Am Freitag-Mittag hat ein Ministerrat der bisherigen Regierungsmitglieder stattgefunden, an dem unter Protest der Minister auch ein Beauftragter des Reichskommissars von Epp teilnahm. Der Ministerrat beschloss, gegen die Einsetzung des Reichskommissars Einspruch zu erheben mit der Begründung, dass das Telegramm des Reichsinnenministers keine Handhabe zur Einsetzung der verschiedenen Hilfskommissare gebe, dass vielmehr die Befugnisse des Reichskommissars sich in der Uebernahme der Polizeigewalt erschöpfen. Im Gegensatz dazu stellte sich der Reichskommissar auf den Standpunkt, der vom Reichskanzler und vom Reichsinnenminister ausdrücklich geteilt wird, dass es nicht nur um die Uebernahm der rein polizeilichen Befugnisse durch Reichskommissare handele, sondern darum, dass alle Funktionen, die im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung eines geordneten Staatswesens notwendig seien, von dem Reichskommissar übernommen werden müssen. Daher seien auch dessen Befugnisse auf alle hierbei in Frage kommenden Ministerien ausgedehnt worden. Der Reichskommissar und seine neuen Männer vertreten auch die Auffassung, dass die Regierung Held noch im Amte ist, doch sei ihnen nicht bekannt, ob die alte Regierung auch wirklich tätig sei.

In einer von Kommissar Esser geleiteten Pressekonferenz wurde ausserdem mitgeteilt, dass inzwischen alle erreichbaren Führer der Kommunisten in Bayern in Schutzhaft genommen worden seien. Ferner, wenigstens zunächst, auch die Führer des Reichsbanners und einige Personen, die wegen ihrer Stellung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben besonders gefährdet seien. Die Namen der Verhafteten wurden nicht mitgeteilt. Bekannt ist nur, dass der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins München, Stadtrat Wimmer, seit Freitag-Morgen in Haft ist.

Die Verhandlungen zur Neubildung einer Regierung in Bayern sollen so rasch als möglich aufgenommen werden. Man glaubt, dass die Neuwahl eines Ministerpräsidenten für nächsten Mittwoch angesetzt werden kann. Amtlich wird hierzu erklärt, dass zu diesen Verhandlungen der Reichskanzler persönlich erwartet werden kann.

SPD. Der AfA-Bundesvorstand hat am Freitag zu der durch die Reichstagswahl für die Angestelltenschaft geschaffenen Lage Stellung genommen. Er fasste seine Stellungnahme in folgender Darlegung zusammen:

Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, zu den politischen Folgerungen aus dieser Wahl Stellung zu nehmen. Wohl aber sind sich die grossen Berufsvereine der deutschen Arbeitnehmer ihrer Pflicht bewusst, in diesem für Land und Volk geschichtlich bedeutsamen Augenblick an der Erfüllung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben weiter zu arbeiten.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund umfasst als gewerkschaftliche Spitzenorganisation in 15 ihm angeschlossenen Berufsverbänden die volkswirtschaftlich wichtigen Berufe der Angestellten, so die Ingenieure, Architekten, Chemiker, Techniker, Kapitäne und Steuerleute, Werkmeister und Poliere, wie in ihm auch die kaufmännischen und Büroangestellten, die Bankbeamten, die Angestellten im Gesundheitswesen und die darstellenden Bühnenkünstler vereinigt sind. Schon diese Zusammensetzung macht es dem AfA-Bund und seinen Verbänden zur Aufgabe, mit unverminderter Kraft und Entschlossenheit gestaltend auf das künftige soziale Schicksal dieser qualifizierten Angestelltenkreise einzuwirken.

Der AfA-Bund wird in einer Zeit, in der die Angestelltenberufe von den Wirkungen der Wirtschaftskrise besonders hart getroffen und rund 600 000 Berufsgenossen beschäftigungslos sind, seiner bisherigen Uebung gemäss die ihm anvertrauten sozialen Interessen sowohl gegenüber der Regierung als auch gegenüber allen politischen Parteien mit sachlicher Begründung und Entschiedenheit vertreten.

Die Gewerkschaften haben sich in Deutschlands Notstunden, im Krieg, in der Demobilmachungszeit, in der Inflation und im Ruhrkampf als die tragenden Pfeiler des deutschen Volkes bewährt. Aufrechterhaltung ihrer Bewegungsfreiheit und Arbeitsmöglichkeit, Sicherung des Koalitionsrechtes und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften an der tariflichen Regelung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse sind auch heute unentbehrliche Voraussetungen für die Lebensgrundlage des Volkes und für die Ueberwindung der Wirtschafts- und Arbeitsnot.

SPD. Ueber die Vorgänge in München teilt die "Deutsche Allgemeine Zeitung noch folgendes mit:

"In der vergangenen Nacht (zum Freitag) um 2 Uhr erbrach eine Gruppe von SS-Leuten die Wohnungstür zur Dienstwohnung des bayerischen Innenministers Stützel, drang in dessen Schlafzimmer ein und forderte ihn im Beisein seiner Gattin auf, sofort mit auf die Polizeidirektion zu kommen. Innenminister Stützel erklärte, da die SS-Leute keine Legitimation vorzeigen konnten, er weiche nur der Gewalt. Er wurde dann gezwungen, nur mit einem Mantel bekleidet und ohne Schuhe den SS-Leuten ins Auto zu folgen. Man brachte ihn aber nicht in die Polizeidirektion, sondern ins "Braune Haus". Hierbei wurde er verschiedentlich misshandelt. Dann wurde er in ein Zimmer des "Braunen Hauses" geführt, wo kurze Zeit später auch der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, eintrat. In dessen Dienstwohnung waren um 2,15 Uhr nachts ebenfalls SS-Leute erschienen und hatten das Mädchen veranlasst, die Wohnungstür zu öffnen. Dann holten sie ebenfalls Staatsrat Schäffer aus dem Bett, liessen ihm aber Zeit, sich anzukleiden.

Der Kommissar für das Justizministerium, Dr. Frank II, veranlasste bald darauf, dass die beiden Herren im Wagen wieder in ihre Wohnungen zurückgebracht wurden. Auf Anfrage erklärte Dr. Frank II, die beiden Herren seien nicht etwa auf Veranlassung der Partei oder SA-Leitung, oder des neuen Polizeibefehlshabers, sondern lediglich auf Veranlassung des zuständigen Standartenführers der SS ins Braune Haus geholt worden, um darüber verhört zu werden, ob es wahr sei, dass sie zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags einen Schiesserlass an die Münchener Polizei gegeben hätten. Hierüber hatten sich die SA- und SS-Leute ungeheuer erregt, und der Standartenführer habe deshalb durch seine Massregeln eine Aufklärung und Rechtfertigung ermöglichen wollen."

SPD. Frankfurt/M., 10.März (Eig.Dr.)

In einer nationalsozialistischen Kundgebung in Frankfurt am Main erklärte Reichsinnenminister Dr. Frick, dass die Kommunisten bei der Eröffnung des Reichstags nicht anwesend, sondern in Konzentrationslagern zusammengefasst sein werden, wo sie mit volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten beschäftigt würden.

SPD. Köln, 10.März (Eig.Drahtb.)

Die Regierungspressestelle in Köln teilt mit: Aufgrund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat hat der Regierungspräsident die Schliessung der Büros der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Oberrhein und Unterbezirk Köln, im Volkshause in Köln wegen Gefahr öffentlicher Unruhen angeordnet.

Im Hinblick auf die letzten politischen Vorgänge in Köln hat der Polizeipräsident die zunächst genehmigte Versammlung der Kölner Zentrumspartei, in de Oberbürgermeister Dr. Adenauer zu den Kommunalwahlen sprechen wollte, aus sicherheitspolizeilichen Gründen verboten.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Köln erscheinenden Zentrumsblätter "Kölnische Volkszeitung" und "Kölner Lokalanzeiger" für Sonnabend, Sonntag und Montag verboten.

SPD. In Schaumburg-Lippe hat der Reichskommissar für Polizei, der Beigeordnete Matelli aus Marl bei Recklinghausen, den Landtag aufgelöst, sowie alle kommunalen Körperschaften und Neuwahlen für den 30.April ausgeschrieben. Der Landtag war bereits einberufen, um selbst über die Neuwahlen zu beschliessen.

SPD. Karlsruhe, 10.März (Eig.Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat einstimmig beschlossen, vom Amt zurückzutreten und die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums gemäss § 53 Absatz 2 der badischen Verfassung weiterzuführen. Der Rücktritt erfolgt, um einer Umbildung der Regierung freie Bahn zu schaffen. Das Staatsministerium hat heute beschlossen, den Landtagspräsidenten zu bitten, dass er den Landtag möglichst bald einberufe mit der Tagesordnung der Entgegennahme einer Regierungserklärung.

SPD. Gleiwitz, 10.März (Eig.Drahtb)

Die Zentrumspartei hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Telegramm gesandt:

"Der Führer im Abstimmungskampf um die Deutscherhaltung Oberschlesiens, Prälat Ulitzka, heute nach gesprengter Versammlung von SA-Uniformierten beschimpft, bedroht, tätlich angegriffen und schwer geschlagen. Erbitten dringend Schutz und Sühne."

SPD. Die heutige Morgenausgabe des Berliner Tageblatts wurde, soweit es noch möglich war, beschlagnahmt. Ausserdem hat der Polizeipräsident von Berlin für das Blatt ein Verbot bis zum 13.d.M. einschliesslich ausgesprochen.

Die Berliner Volkszeitung ist auf vier Wochen verboten worden.

Das oberschlesische Zentrumsorgan "Oberschlesische Volksstimme" in Oppeln ist wegen Ausführungen in seiner Mittwoch-Ausgabe für die Zeit vom 11.bis einschliesslich 13.März verboten worden.

SPD. Breslau, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der bei der Besetzung des Gewerkschaftshauses von der Polizei festgenommene Verwalter des Gewerkschaftshauses Philipp ist am Freitag früh aus der Haft entlassen worden.

SPD. Breslau, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der Regierungspräsident in Breslau hat das Waldenburger Zentrums-Organ "Das Volksblatt" auf die Dauer von drei Tagen verboten.

SPD. Stuttgart, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der Polizeikommissar für das Land Württemberg hat auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.Februar 1933 die Herstellung und Verbreitung von periodischen Druckschrif-

ten der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Nebenorganisationen, insbesondere der "Eisernen Front" und des "Reichsbanners Schwarzrotgold" sowie von Vereinigungen und Personen, die für die Belange der aufgeführten Organisationen eintreten, mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten. Weiter ist auch die Verbreitung von Plakaten, Flugblättern, Flugschriften, Broschüren und Handzetteln politischen Inhalts der aufgeführten Organisationen, Vereinigungen und Personen mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres von ihm verboten worden.

SPD. Stuttgart, 10.März (Eig.Drahtb.)

Der Präsident des württembergischen Landtags hat den Landtag auf Sonnabend den 11.März nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung mit der Tagesordnung einberufen: 1.Neuwahl des Staatspräsidenten.

Die beiden Rechtsparteien haben sich auf folgende Zusammensetzung der Regierung geeinigt: 1. Murr (N.S.) Staatspräsident, Innen- und Wirtschaftsminister, 2. Mergenthaler (N.S.) Kultus- und Justizminister, 3. Dehlinger (Deutschnationaler) Finanzminister, 4. Abg. Hirzel (Deutschnational) ehrenamtlicher Staatsrat.

SPD. Die oberschlesische Zentrumspresse ist auf drei Tage verboten. Das Zentrumsorgan der Pfalz, die Neue Pfälzische Landeszeitung wurde von SA-Leuten besetzt. Eine Zentrumskundgebung in Münster in Westfalen wurde polizeilich verboten.

SPD. München, 10.März (Eig.Drahtb.)

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat in einem Protesttelegramm an den Reichspräsidenten und an den Reichskanzler entschiedene Verwahrung eingelegt gegen die nach Bestellung der Reichskommissare erfolgte unwürdige Behandlung bayerischer Regierungsmitglieder, insbesondere gegen den nächtlichen Ueberfall mit gröblichster Misshandlung und Bedrohung des Innenministers Dr. Stützel durch uniformierte Angehörige der nationalsozialistischen Wehrverbände.

Inzwischen hat Staatskommissar Epp Innenminister Stützel sein Bedauern über die ihm zuteil gewordene Misshandlung ausgesprochen. Auch der Münchener Stadtrat der Bayerischen Volkspartei, Ostermayer, wurde morgens gegen vier Uhr aus dem Bett geholt und nur im Nachthemd bekleidet ins Braune Haus gebracht. Dort wurde er mit Reitpeitschen misshandelt und schliesslich einfach auf die Strasse gesetzt. Ostermayer liegt zurzeit in einem Münchener Krankenhaus.

SPD. Die Berliner Möbeltransportarbeiter verharren im Streik. Der Schlichter hatte einen Vergleichsvorschlag gemacht, der für nichtständige Arbeitnehmer einen Lohnsatz von 7,50 Mark pro Tag gegenüber dem im Schiedsspruch vorgesehenen Lohn von 7,20 Mark festlegen wollte; dazu sollte noch eine Vergütung für Geldschranktransporte in Höhe von 65 Pfennig pro Zentner kommen. Trotz dieser Verbesserungen lehnten die Arbeitnehmer den Vorschlag ab. Der Verein Berliner Möbeltransporteure dagegen hat den Vorschlag des Schlichters angenommen.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang, wie der Berliner Börsen-

Courier mitteilt, ein Gruppensonderbefehl des Berliner SA-Führers Graf Helldorf, der unter Hinweis auf die wirtschaftlichen Gründe dieses Streiks, an dem auch die nationalsozialistische Betriebszelle beteiligt sei, der SA die Leistung von Streikbrecherdiensten untersagt.

SPD. Karlsruhe, 10.März (Eig.Drahtb.)

Das badische Staatsministerium hat einstimmig beschlossen, vom Amte zurückzutreten und die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums weiterzuführen. Der Rücktritt erfolgt, um einer Umbildung der Regierung freie Bahn zu schaffen. Das Staatsministerium hat weiter beschlossen, den Landtagspräsidenten zu bitten, den Landtag möglichst bald einzuberufen mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung. Der Reichskommissar für Baden erliess eine Verordnung, wonach alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel der KPD und SPD, alle kommunistischen und sozialdemokratischen Plakate, Flugblätter und Flugschriften sowie alle kommunistischen periodischen Druckschriften verboten sind. Die Führer der SPD, für die eine persönliche Gefährdung besteht oder zu befürchten ist, sollen in Schutzhaft genommen werden. Neben verschiedenen Beamten im Innenministerium wurden vom Reichskommissar die beiden Kommandeure der badischen Polizei und der Gendarmerie beurlaubt. Zum Polizeipräsidenten von Karlsruhe wurde der frühere Reichswehrleutnant Ludin ernannt.

SPD. Die preussische Polizeiverwaltung hat verfügt, dass Plakate und Flugschriften sachlichen Inhalts, die zur Wahl bei der Gemeindewahl auffordern, verbreitet werden können, wenn sie den Polizeibehörden vorgelegt sind.

SPD. Liegnitz, 10.März (Eig.Drahtb.)

Am Freitag-Nachmittag wurde das Liegnitzer Volkshaus, in dem sich die Büros der SPD und ihrer verschiedenen Organisationen befinden, von SA und SS besetzt. Auf dem Dach des Hauses wurde eine riesige Hakenkreuzfahne gehisst. Zu Zusammenstössen ernster Natur soll es bei der Besetzung nicht gekommen sein. Ferner wurde das Verlags- und Druckereigebäude der sozialdemokratischen "Volksstimme" von Nationalsozialisten besetzt. Die Besetzung der beiden Gebäude hatte riesige Menschenansammlungen zur Folge. Amtlich wird jede Auskunft über die Vorgänge verweigert. An verschiedenen Stellen der Stadt fanden am Freitag in den Wohnungen von Angehörigen der Linksparteien Haussuchungen statt. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

SPD. Wie aus zuverlässiger Quelle in Gdingen verlautet, sind im Laufe des Donnerstag dort zwei Militärtransportzüge mit Ulanen und gegen Abend ein weiterer Militärtransportzug mit Infanterie eingetroffen. Am heutigen Freitag sollen weitere polnische Truppentransportzüge in Gdingen eintreffen.

Die polnische Regierung hat, wie aus Danzig gemeldet wird, für die nächsten Tage das Eintreffen polnischer Munitionstransportschiffe auf der Westernplatte angekündigt. Sie hat die Danziger Regierung gebeten, aus diesem Anlass den Handelsverkehr im Munitionsbecken auf der Westernplatte zu sperren.

SPD, Stuttgart, 10.März (Eig.Drahtb.)

Am Freitag-Nachmittag zwischen fünf und sechs Uhr zogen SA-Abteilungen mit Fahnen und Musik vor die Stuttgarter Warenhäuser von Hermann Tietz, Schocken und Kadet, wo sie die Eingänge blockierten. Das in den Gebäuden befindliche Publikum konnte noch heraus, aber niemand mehr hineingehen. Nach etwa einer Stunde kam die Polizei, die die Verkehrssperre wieder aufhob. Die Plakatträger der Nationalsozialisten, die die Aufforderung vor sich hertrugen, nur in deutschen Geschäften zu kaufen, wurden allerdings von der Polizei nicht daran gehindert, auch weiter vor den Geschäften hin und her zu patrouillieren.

SPD. Paris, 10.März (Eig.Drahtb.)

Die sozialistische Fraktion hat am Freitag nach sehr erregter Debatte mit 59 gegen 3 Stimmen eine Entschliessung angenommen, in der die Verwaltungskommission der Partei aufgefordert wird, ihren Beschluss über die Einberufung eines ausserordentlichen Kongresses, der sich mit der Spaltung der Fraktion bei der Abstimmung über die Kürzung der Beamtengehälter beschäftigen soll, noch einmal zu überprüfen. Ferner ist der Fraktionsvorstand beauftragt worden, die einzelnen Parteiverbände über die Umstände und Gründe zu unterrichten, die diesen Antrag rechtfertigen. Bei der Debatte protestierten die Mitglieder des rechten Flügels energisch gegen die Einberufung des ausserordentlichen Kongresses und warfen dem Verwaltungsausschuss vor, dass er als Tagungsort absichtlich Paris gewählt habe, dessen Atmosphäre für eine ruhige Debatte nicht geeignet sei. Abg. Deat kritisierte ferner die Haltung der 20 Abgeordneten, die gegen die Kürzung der Gehälter gestimmt haben. Lebas verliess darauf unter Protest den Sitzungssaal.

SPD. Paris, 10.März (Eig.Drahtb.)

Ueber die französisch-englische Ministerbesprechung, die am Freitag im Kriegsministerium stattfand, wurde am Abend ein Kommuniqué ausgegeben, in dem es heisst, dass die Regierungen beider Länder entschlossen sind, mit den Vertretern der anderen Länder auf der Abrüstungskonferenz die Mittel zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu suchen. Aus dieser Erklärung geht hervor, dass sich die englischen und französischen Minister selbst über kein Verfahren geeinigt haben, das den anderen Ländern, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmen, vorgeschlagen werden könnte. MacDonald, Sir John Simon und Paul Boncour sind am späten Abend nach Genf abgereist. Ministerpräsident Daladier hat vorläufig auf seine Reise nach Genf verzichtet.